

STELLUNGNAHME ZUR MEDIENKONFERENZ

Bern, 26. März 2009

Revisionen des Asylgesetzes und des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer als indirekter Gegenvorschlag zur „Ausschaffungsinitiative“

Niederlassung statt Ausschaffung

Der Gegenvorschlag zur „Ausschaffungsinitiative“ erschwert den Zugang zur Niederlassungsbewilligung massiv. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund lehnt dies klar ab. Ein gesichertes, stabiles Aufenthaltsrecht ist die Schlüsselvoraussetzung für eine Integration in die schweizerische Gesellschaft.

Für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten werden neue Hürden für die Niederlassungsbewilligung aufgebaut. Wer keine Möglichkeit hatte, eine der Landessprache zu erlernen, wird keine Niederlassungsbewilligung mehr erhalten können. Nicht alle Ausländerinnen und Ausländer können Sprachkurse besuchen. Wer in prekären, schlecht bezahlten Jobs arbeitet und beispielsweise Schichtarbeit leistet, hat wenig Möglichkeiten Sprachkurse zu besuchen. Gleichzeitig sind die finanziellen Ressourcen für die Förderung von Sprachkursen äusserst dürftig. Zudem hat auch der Arbeitgeber keine Pflicht, die Weiterbildung - etwa die Verbesserung der Sprachkenntnisse - seiner ausländischen Mitarbeitenden zu fördern.

Neu sollen sich Ausländer und Ausländerinnen nicht nur erfolgreich integrieren. Nein, sie sollen sich „besonders erfolgreich“ integrieren, um nach über 5 Jahren Erwerbstätigkeit sich in der Schweiz niederlassen zu können. Was eine besonders erfolgreiche Integration ist, bleibt uns das Bundesamt für Migration schuldig. Ist es ein besonderes Sprachdiplom? Ein fettes Bankkonto? Das Zubereiten von Fondue? Oder einfach, ob man den Migrationsbehörden gefällt?

Die Vorlage statuiert den Sozialhilfebezug als wichtigen Ausschaffungsgrund. Nicht einmal die SVP Initiative ging in diesem Punkt so weit. Der Sozialhilfebezug ist jedoch kein kriminelles Verhalten, sondern meistens die Folge einer ausgrenzenden Arbeitsmarktpolitik.

Für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund ist der Gegenvorschlag ein Affront gegenüber den zahlreichen Ausländerinnen und Ausländern, die täglich hart arbeiten und versuchen in der Schweiz ein menschenwürdiges Leben und eine bessere Zukunft für ihre Kinder aufzubauen. Geben wir ihnen dafür die Möglichkeiten. Anstatt uns zu darum kümmern, wie wir sie wieder ausschaffen können.